



STEUERFAMILIE.tirol

Steuerberatung | MMag. Dr. Michael Koller

Klienten-Info August 2023

Stand: 09.08.2023

Inhaltsverzeichnis

- Anträge auf Energiekostenpauschale ab sofort bis 30.11.2023 möglich
- Ausweitung der steuerlichen Spendenbegünstigung geplant
- Ende der Steuerschuld kraft Rechnungslegung bei Umsätzen an Endverbraucher:innen?
- Elektronische Verlautbarungs- und Informationsplattform des Bundes ("EVI")
- Erhöhung der Kategorie-Mietzinse
- Kurz-Info: IFB auf klimafreundliche Heizungen ausgeweitet

Anträge auf Energiekostenpauschale ab sofort bis 30.11.2023 möglich

Ab sofort können Klein- und KleinstunternehmerInnen die Energiekostenpauschale in Höhe von 110 bis 2.475 Euro beantragen. Die Antragsfrist läuft noch bis 30.11.2023.

Vorab Selbst-Check

Im Selbst-Check erfährt man, ob das Unternehmen die Voraussetzungen für die Energiekostenpauschale erfüllt. Dazu kann man auf www.energiekostenpauschale.at den Selbst-Check durchführen. Sie brauchen folgendes:

1. **Sitz in Österreich**
2. **Jahresumsatz 2022:** Für den Check reicht es, wenn Sie wissen, dass dieser zwischen 10.000 und 400.000 Euro lag
3. **De-minimis-Beihilfen:** in den letzten drei Jahren nicht mehr als 200.000 Euro erhalten.
4. **ÖNACE-Branchenkennzahl:** diese finden Sie im Unternehmensserviceportal (USP).
5. **Handy-Signatur oder ID Austria:** Für den Check reicht es, wenn Sie wissen, dass Sie eine haben.
6. **USP-Zugang:** Für den Check reicht es, wenn Sie wissen, dass Sie einen haben.

Im Zuge des Selbstchecks erfahren Sie auch, wo und wie Sie Handy-Signatur, ID Austria und USP-Zugang erhalten können.

Antrag auf dem Unternehmensserviceportal

Treffen die Voraussetzungen zu können Sie unter <https://mein.usp.gv.at> den Antrag stellen. Die Anleitung dazu finden Sie hier.

Aktuell kommt es aufgrund der vielen Zugriffe zu einer Überlastung bei der USP-Anmeldung. Da Sie aber bis 30.11.2023 Zeit haben und auch nicht das First-Come-First-Serve-Prinzip gilt, brauchen Sie sich nicht zu stressen.

Tipp: Wer keinen Energiekostenzuschuss (EKZ) 1 beantragt hat, kann als Förderzeitraum den vollen Zeitraum 1.2.-31.12.2022 beantragen. Ansonsten ist nur ein Antrag für den Zeitraum ohne EKZ 1 möglich.

FAQs

In den Frequently Asked Questions auf www.energiekostenpauschale.at finden sich auch Antworten auf wichtige Fragen. So ist zu lesen, dass öffentliche Unternehmen, Gebietskörperschaften, Unternehmen aus den Sektoren Energie, Finanz- sowie Versicherungswesen, Realitätenwesen und Landwirtschaft sowie freie Berufe und politische Parteien und deren Unternehmen nicht einreichen können.

Es wird auch klargestellt, dass wir als Steuerberater nicht für Sie einreichen können.

Achtung: Da sich am 28.4.2023 nochmal die förderberechtigten ÖNACE-Codes erweitert haben, sollte man bei vorhergehender Ablehnung den Selbst-Check nochmal durchführen!

Hotline

Der Forschungsförderungsgesellschaft: +43 1 890 80 6776

Ausweitung der steuerlichen Spendenbegünstigung geplant

Anfang Juli 2023 wurden in einem Ministerratsvortrag geplante **Änderungen** im Zusammenhang mit der **Ausweitung der steuerlichen Spendenbegünstigung** präsentiert. Dabei sollen die steuerlichen **Spendenbegünstigungen** sowohl **erweitert** als auch maßgeblich **vereinfacht** werden. Nachfolgend sind die wesentlichen Eckpunkte der geplanten Änderungen überblicksmäßig dargestellt.

Ausweitung der Liste der abzugsfähigen Spenden

Angedacht ist, dass künftig die **Spendenabsetzbarkeit** pauschal an die **gemeinnützigen Zwecke i.S.d. § 34 BAO anknüpft** und damit insbesondere folgende Bereiche auch von der Spendenbegünstigung umfasst sein sollen. Im **Bildungsbereich** soll durch die Ausdehnung der Abzugsfähigkeit der Spenden speziell im Bereich der **Elementarpädagogik und Schulbildung** wie auch z.B. in der Erwachsenenbildung einem von der Praxis schon länger geforderten Anliegen nachgekommen werden. **Öffentliche Kindergärten und Schulen** sollen demnach ex lege als **begünstigte Einrichtungen angesehen** werden. Schulgelder und Kursgebühren sollen allerdings nicht als Spenden abzugsfähig sein.

Im Bereich **Sport** gab es mit Ausnahme von Behindertensportdachverbänden bisher keine Spendenbegünstigung. Zukünftig soll auch **Sport als spendenbegünstigter Zweck** angesehen werden - die **Datenübermittlung** soll allenfalls auch **zentralisiert** über die Dach- und Fachverbände möglich sein.

Bei **Kunst und Kultur** war die Anerkennung als begünstigte Spendenempfänger:in **bislang** an Bedingungen gekoppelt wie etwa **die Anknüpfung an eine Bundes- oder Landesförderung**. Diese Voraussetzung soll **künftig entfallen**.

Mit der allgemeinen Anknüpfung an gemeinnützige Zwecke i.S.d. § 34 BAO sollen **weitere begünstigte Zwecke** wie **Kinder-, Jugend- und Familienfürsorge, Menschenrechte und Frauenförderung** sowie Konsumenten:innenschutz zukünftig unter die Spendenbegünstigung fallen.

Trotz der angedachten erfreulichen Begünstigungen darf nicht vergessen werden, dass nur der Allgemeinheit dienende Organisationen spendenbegünstigt sein sollen, wobei auch die Zielsetzung der Organisation mit der österreichischen Rechtsordnung übereinstimmen muss. Schließlich ist auch auf die **Verhältnismäßigkeit und Treffsicherheit des Verwendungszweckes** besonderes Augenmerk zu legen.

Verfahrenserleichterungen, Vereinfachungen und Missbrauchsschutz bei der Spendenbegünstigung

Für die **Aufnahme in die Spendenliste** war **bisher** grundsätzlich eine **dreijährige Tätigkeit** auf dem begünstigten Gebiet Voraussetzung gewesen - **künftig** soll eine **einjährige Tätigkeit ausreichen**. Außerdem ist statt der bisher erforderlichen Bestätigung durch Wirtschaftsprüfer:innen (Pflicht zur Prüfung des Rechnungs- oder Jahresabschlusses) ein **vereinfachtes Meldeverfahren** über **Steuerberater:innen** angedacht, wodurch insbesondere für kleine Vereine eine **finanzielle Entlastung** bewirkt werden soll. Überdies soll die bisher beantragungspflichtige Verlängerung nunmehr automatisch über Meldung durch Wirtschaftstreuhänder:innen erfolgen.

Vereinfachungen sind auch bezüglich der **Anforderungen an Spendensammelvereine** und Mittelbeschaffungskörperschaften angedacht, wobei es auch zu einer Vereinheitlichung kommen soll.

Damit der **Missbrauchsschutz** im Zusammenhang mit Spendenbegünstigungen verbessert wird, sind **rechtliche Konsequenzen und Haftungsbestimmungen** für **missbräuchliche Praktiken** vorgesehen - konkret bei **unrichtigen Spendendaten** und Spendenbestätigungen.

Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts und Rechtssicherheit

Die bisher bereits in den Vereinsrichtlinien vorgesehene **einkommensteuerfreien Beträge** für **Zahlungen an Vereinsfunktionär:innen** und -mitglieder sollen als großes und kleines "Freiwilligenpauschale" im EStG verankert werden.

Eine **Modernisierung** ist auch insoweit vorgesehen, dass unwesentliche **Satzungsmängel** bei tatsächlicher gemeinnütziger Geschäftsführung **rückwirkend sanierbar** sein sollen. In Zukunft sollen **Ausnahmegenehmigungen** für begünstigungsschädliche wirtschaftliche Geschäftsbetriebe und Gewerbebetriebe auch mit rückwirkender Wirkung erteilt werden können.

Kooperationen zwischen gemeinnützigen und nicht gemeinnützigen Organisationen sollen unter gewissen Voraussetzungen unschädlich sein.

Vorgesehen ist auch, dass die **Umsatzgrenze für die automatische Ausnahmegenehmigung** für begünstigungsschädliche Betriebe von bisher 40.000 € **auf 100.000 € erhöht** wird.

Neben technischen Vereinfachungen in Bezug auch Dachverbände und Holdings ist schließlich auch geplant, dass es im Auflösungsfall bzw. bei **Wegfall des begünstigten Zwecks bis zu 10 Jahre** zur **Nachversteuerung** kommen soll, falls die Mittel nichtbegünstigten Zwecken zugeführt wurden. Wir werden Sie über den weiteren Gesetzwerdungsprozess informieren.

Ende der Steuerschuld kraft Rechnungslegung bei Umsätzen an Endverbraucher:innen?

Der **EuGH** hatte im Jahre 2022 einen Fall aus Österreich zu beurteilen (Rs C-378/21, **P-GmbH** vom 08.12.2022), bei dem es um eine **Betreiberin eines Indoor-Spielplatzes** ging. Im Jahr 2019 unterwarf die Betreiberin, die P-GmbH, die Eintrittsgelder **irrtümlich** dem **Normalsteuersatz** von 20 %, anstatt den **ermäßigten Steuersatz** von 13 % anzuwenden. Auf den **Registrierkassenbelegen** wurden 20 % Umsatzsteuer ausgewiesen und diese

Steuer wurde auch an das Finanzamt **bezahlt**. Als die P-GmbH diesen Fehler erkannte, forderte sie vom Finanzamt die zu viel bezahlte Umsatzsteuer (7 %) zurück. Das **Finanzamt** hatte die **Rückzahlung verweigert**, da es der Ansicht war, durch die Registrierkassenbelege entstand eine **Steuerschuld kraft Rechnungslegung**.

Steuerschuld kraft Rechnungslegung liegt immer dann vor, wenn Unternehmer:innen eine Lieferung oder sonstige Leistung erbracht haben und **in der Rechnung einen Steuerbetrag gesondert ausweisen**, die sie aber eigentlich **nicht schulden** (wie im oben beschriebenen Fall hätte auf den Belegen ein Steuersatz von 13 % ausgewiesen werden sollen, irrtümlich wurden 20 % USt verrechnet). Unternehmer:innen können diesen **Fehler** aber wieder **korrigieren**, indem sie zu einem späteren Zeitpunkt die **falsch ausgestellten Rechnungen** entsprechend **berichtigen**. Die Steuer führt dann im Monat der Berichtigung zu einer **Gutschrift**.

Im Fall, den der EuGH zu beurteilen hatte, bestand nun das Problem darin, dass die P-GmbH als Indoor-Spielplatzbetreiberin **nicht feststellen konnte, wer die Kund:innen waren** und somit eine **Rechnungskorrektur unmöglich** war. Die P-GmbH argumentierte, dass es in ihrem Fall zu **keiner Gefährdung des Steueraufkommens** kommen kann, da die **Leistungsempfänger:innen** ausschließlich nicht zum Vorsteuerabzug berechnigte **Endverbraucher:innen** seien. Der **EuGH entschied**, dass in diesem Fall **keine Steuerschuld kraft Rechnungslegung vorliegt**. Das Ziel dieses Konzepts sei es, das Steueraufkommen nicht zu gefährden. Da die **Leistungsempfänger:innen ausschließlich Endverbraucher:innen** sind, die keinen Vorsteuerabzug geltend machen können, liegt diese Gefahr nicht vor.

Diese Gerichtsentscheidung wurde durch das **Abgabenänderungsgesetz 2023** in das österreichische Recht **übernommen**. Nun liegt eine **Steuerschuld kraft Rechnungslegung nicht mehr vor**, wenn **keine Gefährdung des Steueraufkommens** besteht, weil die **Lieferung oder sonstige Leistung ausschließlich** an nicht zum Vorsteuerabzug berechnigte **Endverbraucher:innen** erbracht wurde. **Fraglich** ist, wie eng diese Bestimmung von der Finanzverwaltung auszulegen ist, da der Begriff "**ausschließlich an Endverbraucher:innen**" verwendet wurde. Wird dieser Begriff **eng ausgelegt**, so führt diese Gesetzesänderung in der **Praxis wohl kaum zur erhofften Vereinfachung** und Entlastung von Unternehmer:innen.

Elektronische Verlautbarungs- und Informationsplattform des Bundes ("EVI")

Nach der Einstellung der **Printausgabe** der **Wiener Zeitung** und dem Umstand, dass das **Amtsblatt der Wiener Zeitung nicht mehr** in physischer Form **erscheint**, wurde für **veröffentlichungspflichtige Informationen** bei der Wiener Zeitung die **elektronische Verlautbarungs- und Informationsplattform des Bundes ("EVI")** eingerichtet

(<https://www.evi.gv.at/>). Zielsetzung von EVI ist mitunter, Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen im Sinne eines **digitalen "schwarzen Bretts"** einen **zentralen und kostenfreien Zugang zu relevanten Informationen** zur Verfügung zu stellen - jederzeit und ohne Einschränkungen. Die mehr als 380 bestehenden **Veröffentlichungs- bzw. Bekanntmachungspflichten** in der Wiener Zeitung bzw. im Amtsblatt der Wiener Zeitung **bleiben** daher **aufrecht** - dies betrifft auch die Verpflichtung zur **Veröffentlichung des Jahresabschlusses** von **großen Aktiengesellschaften** nach § 277 Abs. 2 UGB. **Seit 1. Juli 2023** muss die **Veröffentlichung der Jahresabschlüsse auf EVI** erfolgen.

Praktisch betrachtet hat die Veröffentlichung weiterhin durch die verpflichteten Rechtsträger:innen bzw. durch die zuständige Stelle zu erfolgen. Im Falle der **Veröffentlichung des Jahresabschlusses** für die (große) Aktiengesellschaft also **durch den Vorstand**, wobei **zwei Möglichkeiten** vorgesehen sind. Der Vorstand kann die Veröffentlichung des Jahresabschlusses in EVI **wie bisher** selbst **bei der Wiener Zeitung in Auftrag geben**. Die **Übermittlung** von Veröffentlichungen erfolgt **per E-Mail** (an office@evi.gv.at), wobei eine **Veröffentlichung** in der Regel **innerhalb von vier Werktagen** erfolgt. Dabei prüft das EVI-Team die **Einhaltung** der allgemeinen **Veröffentlichungsbedingungen** (z.B. das Dateiformat, welches beispielsweise pdf sein kann; gescannte Dokumente erfüllen jedoch nicht die Veröffentlichungsbedingungen) und veröffentlicht dann den Jahresabschluss.

Alternativ kann bei **Einreichung** der erforderlichen Unterlagen der Rechnungslegung **zum Firmenbuch verlangt** werden, dass das **Firmenbuchgericht** den **Jahresabschluss an die Wiener Zeitung zur Veröffentlichung in EVI übermittelt**. Bei dieser Variante ist der Jahresabschluss an das Firmenbuch auch in einer für die Weitergabe an die Wiener Zeitung geeigneten elektronischen Fassung einzureichen. Dabei prüft das **Firmenbuchgericht** die Fassung nicht weiter, sondern **leitet** nur **an die Wiener Zeitung weiter**. Diese **zweite Variante** gilt erst für **Jahresabschlüsse für nach dem 30. November 2022** beginnende **Geschäftsjahre** und daher noch nicht für Abschlüsse zum 31.12.2022.

Die **Veröffentlichung** in EVI ist grundsätzlich **unentgeltlich**, wobei für die Unternehmen eine Entgeltspflicht entstehen kann, sofern für die Vornahme der Veröffentlichung in EVI ein zusätzlicher Aufwand entsteht - etwa aufgrund von Formatierungen, um den formalen Vorgaben entsprechen zu können.

Erhöhung der Kategorie-Mietzinse

Mit **1. Juli 2023** ist es zu einer **Erhöhung** der **Kategorie-Mietzinse** (Kategoriemieten) gekommen. Während die Kategorie-Mietzinse im letzten Jahr dreimal erhöht worden sind, erfolgte die Erhöhung für 2023 (nur) im Juni bzw. Juli.

Der Kategorie-Mietzins ist die **Basismiete** für Mietverträge, welche zwischen 1.1.1982 und 28.2.1994 abgeschlossen wurden. Bedeutsamer Parameter für die Erhöhung der Kategorie-Mietzinse ist der **5 % - Schwellenwert**, d.h. wenn der **Verbraucher:innenpreisindex (VPI) um 5 %** seit der letzten Anhebung **gestiegen** ist, kommt es zu einer Anhebung der Kategorie-Mietzinse.

Die erhöhten Werte können bei **Neuverträgen** bereits seit Juni 2023 vereinbart werden und sind nachfolgend dargestellt. **Bestehende Mietzinse** können frühestens mit **Juli 2023** valorisiert werden.

Kategorie	neuer Tarif	bisher
	je m ² Nutzfläche und Monat (€)	je m ² Nutzfläche und Monat (€)
A	4,47	4,23
B	3,35	3,18
C	2,23	2,12
D brauchbar	2,23	2,12
D	1,12	1,06

Kurz-Info: IFB auf klimafreundliche Heizungen ausgeweitet

Durch eine Änderung von § 11 EStG - dem für den **Investitionsfreibetrag (IFB)** maßgeblichen Paragraphen - ist es **nunmehr** auch möglich, den **Investitionsfreibetrag** für die **Anschaffung und Herstellung von klimafreundlichen Heizungen im Zusammenhang mit Gebäuden** geltend zu machen. Davon sind **Wärmepumpen, Biomassekessel, Fernwärme- bzw. -kältetauscher, Fernwärme- bzw. -kälteübergabestationen und Mikronetze** umfasst. Über den IFB hinaus ergeben sich keine ertragsteuerlichen Auswirkungen, also beispielsweise auch nicht an der Beurteilung eines Heizsystems als Gebäudebestandteil, z.B. für Zwecke der AfA. Bekanntermaßen ist der **IFB** erstmalig auf **nach dem 31.12.2022 angeschaffte oder hergestellte Wirtschaftsgüter** anzuwenden.

Hinweis:

Die Informationen basieren auf den Angaben von Klier, Krenn & Partner - Klienten-Info GmbH, Redaktion: 1190 Wien, Döblinger Hauptstraße 56/4. Richtung: unpolitische, unabhängige Monatsschrift, die sich mit dem Wirtschafts- und Steuerrecht beschäftigt und speziell für Klienten von Steuerberatungskanzleien bestimmt ist.

Alle Rechtsauskünfte werden nach bestem Wissen und Gewissen erteilt und basieren auf den zum jeweiligen Zeitpunkt gesicherten Informationen.

Stand: 09.08.2023